

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Bundesregierung

– Drucksache 18/5054 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und nachfolgender Verlängerungsresolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, zuletzt Resolution 2172 (2014) vom 26. August 2014

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 3. Juni 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten bis zum 30. Juni 2016 beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird um Zustimmung des Deutschen Bundestages hierzu gebeten.

Der UNIFIL-Einsatz auf See, an dem sich seit 2006 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligen, hat ein doppeltes Mandat. Er sieht neben der Sicherung der seeseitigen Grenzen auch die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von Fähigkeiten vor, die Küste und die territorialen Gewässer des Landes selbstständig zu überwachen. Ende April 2015 sind insgesamt etwa 13.000 Soldatinnen und Soldaten an UNIFIL beteiligt, davon ca. 1.000 am Flottenverband, der so genannten Maritime Task Force (MTF). Die labile Sicherheitslage im Nahen Osten hat sich auch im letzten Mandatszeitraum nicht verbessert. Der Konflikt in Syrien sowie die zunehmende Bedrohung durch das Erstarken islamischer Terrororganisationen in der Region, insbesondere durch den Islamischen Staat (IS), stellt den Libanon innen- wie außenpolitisch unverändert vor erhebliche Herausforderungen. Im vergangenen Mandatszeitraum kam es wieder verstärkt zu syrisch-libanesischen Grenzverletzungen, die auch libanesisches Todesopfer forderten. Auch bedingt durch das militärische Engagement der Hisbollah auf syrischem Boden zu Gunsten des Assad-Regimes und die zunehmenden terroristisch motivierten Attentate in verschiedenen Landesteilen Libanons hat sich die politische Spaltung des Libanon entlang konfessioneller Trennlinien weiter vertieft. UNIFIL war – gerade mit Blick auf die unverändert instabile Gesamtlage – im letzten Mandatszeitraum ein entscheidender Stabilitätsfaktor und hat in erheblichem Maße bei innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten deeskalierend und ausgleichend auf die Akteure in der Region eingewirkt. Die Drei-Parteien-Gespräche sind unverändert das einzige Gesprächsformat, das einen direkten Austausch zwischen Libanon und Israel ermöglicht. Die

Grenzauseinandersetzungen haben gezeigt, dass eine Stabilisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern essentiell für die Stabilität in der gesamten Region ist. UNIFIL leistet hier nach wie vor einen sehr wichtigen und international anerkannten Beitrag. Die Bundesregierung hat unverändert ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Auch die Teilnahme an der maritimen Komponente von UNIFIL ist ein Bestandteil der angestrebten Stabilisierung in der Region. Sowohl Libanon als auch Israel haben wiederholt ihren Wunsch nach fortgesetzter deutscher Beteiligung an der Mission betont. Auch die Vereinten Nationen haben die Bundesregierung um weitere Beteiligung gebeten. Deutschland beteiligt sich derzeit mit einer Korvette an der maritimen Task Force, mit Personal im Hauptquartier von UNIFIL sowie beim Fähigkeitsaufbau der libanesischen Armee. Dieser ist von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/5054 anzunehmen.

Berlin, den 17. Juni 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Franz Thönnies
Stellvertretender Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Niels Annen
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Omid Nouripour
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Niels Annen, Wolfgang Gehrcke und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/5054** in seiner 109. Sitzung am 11. Juni 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie gemäß § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung hat am 3. Juni 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten bis zum 30. Juni 2016 beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird um Zustimmung des Deutschen Bundestages hierzu gebeten.

Der UNIFIL-Einsatz auf See, an dem sich seit 2006 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligen, hat ein doppeltes Mandat. Er sieht neben der Sicherung der seeseitigen Grenzen auch die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von Fähigkeiten vor, die Küste und die territorialen Gewässer des Landes selbstständig zu überwachen. Ende April 2015 sind insgesamt etwa 13.000 Soldatinnen und Soldaten an UNIFIL beteiligt, davon ca. 1.000 am Flottenverband, der so genannten Maritime Task Force (MTF). Die labile Sicherheitslage im Nahen Osten hat sich auch im letzten Mandatszeitraum nicht verbessert. Der Konflikt in Syrien sowie die zunehmende Bedrohung durch das Erstarken islamischer Terrororganisationen in der Region, insbesondere durch den Islamischen Staat (IS), stellt den Libanon innen- wie außenpolitisch unverändert vor erhebliche Herausforderungen. Im vergangenen Mandatszeitraum kam es wieder verstärkt zu syrisch-libanesischen Grenzverletzungen, die auch libanesisches Todesopfer forderten. Auch bedingt durch das militärische Engagement der Hisbollah auf syrischem Boden zu Gunsten des Assad-Regimes und die zunehmenden terroristisch motivierten Attentate in verschiedenen Landesteilen Libanons hat sich die politische Spaltung des Libanon entlang konfessioneller Trennlinien weiter vertieft. UNIFIL war – gerade mit Blick auf die unverändert instabile Gesamtlage – im letzten Mandatszeitraum ein entscheidender Stabilitätsfaktor und hat in erheblichem Maße bei innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten deeskalierend und ausgleichend auf die Akteure in der Region eingewirkt. Die Drei-Parteien-Gespräche sind unverändert das einzige Gesprächsformat, das einen direkten Austausch zwischen Libanon und Israel ermöglicht. Die Grenzauseinandersetzungen haben gezeigt, dass eine Stabilisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern essentiell für die Stabilität in der gesamten Region ist. UNIFIL leistet hier nach wie vor einen sehr wichtigen und international anerkannten Beitrag. Die Bundesregierung hat unverändert ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Auch die Teilnahme an der maritimen Komponente von UNIFIL ist ein Bestandteil der angestrebten Stabilisierung in der Region. Sowohl Libanon als auch Israel haben wiederholt ihren Wunsch nach fortgesetzter deutscher Beteiligung an der Mission betont. Auch die Vereinten Nationen haben die Bundesregierung um weitere Beteiligung gebeten. Deutschland beteiligt sich derzeit mit einer Korvette an der maritimen Task Force, mit Personal im Hauptquartier von UNIFIL sowie beim Fähigkeitsaufbau der libanesischen Armee. Dieser ist von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 58. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 42. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 38. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 37. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 39. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5054 in seiner 44. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 17. Juni 2015

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

